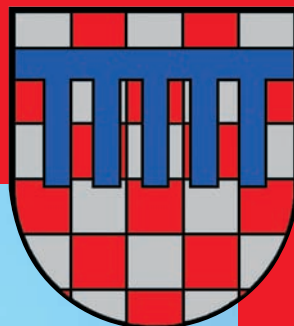


Jahresbericht 2010



Mit freundlicher Empfehlung
überreicht durch den Vorstand der



Stadtsparkasse
Bad Honnef



Jahresbericht 2010 der Stadtsparkasse Bad Honnef

Lagebericht der Stadtsparkasse Bad Honnef zum Jahresabschluss per 31.12.2010

A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs ein- schließlich des Geschäfts- ergebnisses und der Lage

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland vollzog sich schneller als von vielen erwartet. Entscheidend für die Entwicklung war das hohe Wachstum der Weltwirtschaft, von der die heimische Wirtschaft mit ihrer starken Exportorientierung besonders profitieren konnte. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit +3,6% so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Im Vorjahr brach das BIP noch um 4,7% ein.

Die Erholung des BIP war breit angelegt: So stiegen – jeweils preisbereinigt – der Export um 14,2% und die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie Vorratsveränderungen) um 10,7%. Von den Konsumausgaben gingen 2010 ebenfalls positive Wachstumsbeiträge aus. Preisbereinigt legten sowohl die staatlichen Konsumausgaben um +2,2% als auch die privaten Konsumausgaben um +0,5% zu.

Der Arbeitsmarkt hat von der konjunkturellen Erholung im Jahr 2010 spürbar profitiert. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhten sich im Jahresdurchschnitt, gleichzeitig ging die Arbeitslosigkeit zurück. Im Jahresdurchschnitt waren

mit 3,244 Mio. Erwerbspersonen 179 Tsd. oder 5,2% weniger arbeitslos als im Vorjahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote ging auf 7,7% nach 8,2% im Vorjahr zurück.

Der Verbraucherpreisindex zog im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 1,1% an. Die Teuerungsrate lag damit zwar deutlich höher als im Vorjahr (+0,4%), jedoch blieb sie im längerfristigen Vergleich seit 1999 weit unter den jährlichen Teuerungsraten der meisten Jahre. Der für die Europäische Zentralbank (EZB) wichtige Schwellenwert von 2,0% wurde sowohl im Jahresdurchschnitt als auch in den einzelnen Monaten des Jahres unterschritten.

Die Sparquote nahm nach vorläufigen Berechnungen gegenüber dem Vorjahr (11,1%) auf 11,4% zu.

Das Jahr 2010 war geprägt von einem – absolut betrachtet – historisch niedrigen Zinsniveau. Am Geldmarkt bewegten sich bis zur Jahresmitte die Zinsen um den Wert von 0,29% im Monatsdurchschnitt seitwärts, um dann im zweiten Halbjahr relativ volatil höhere Werte zwischen 0,36% und 0,66% einzunehmen. Die Zinsen am Kapitalmarkt gaben bis September im Wesentlichen kontinuierlich bis auf 2,1% nach und zogen bis Jahresende wieder auf 2,6% an. Die EZB hat die Leitzinsen unverändert bei 1,75% belassen.

Die Aktienmärkte nahmen im Jahresverlauf 2010 einen relativ stetigen und positiven Verlauf. So legte der wichtigste deutsche Aktien-Index, der DAX, von 5.957,4 Punkten zum Jahresende 2009 auf 6.914,9 Punkte zum Jahresende 2010 zu, was einem satten Plus von 16,1% entspricht.

1.2 Berichterstattung über die Branchensituation

Die realwirtschaftliche Erholung hat auch positiv auf die Situation der Kreditwirtschaft ausgestrahlt. Damit zeigt sich die deutsche Kreditwirtschaft in einer besseren Verfassung, als noch vor einem oder zwei Jahren und als es zu diesen Zeitpunkten auch erwartet werden konnte. Gleichwohl darf nicht davon abgelenkt werden, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht als überwunden betrachtet werden darf.

Die Bilanzstruktur der kleineren deutschen Banken und der Verbundinstitute (Sparkassen und genossenschaftliche Institute), die sich durch ein starkes Einlagengeschäft und eine realwirtschaftlich orientierte Kreditvergabe auszeichnet, hat sich in der Krise bewährt; auch die Kapitalausstattung dieser Institute ist gut. Anpassungsbedarf hat sich indes bei den größeren Instituten gezeigt, dem in den letzten beiden Jahren auch durch eine Stärkung der Haftungsbasis nachgekommen wurde.

Unbeantwortet ist indes die Frage nach der Zukunft einzelner großer Institute, die infolge der Finanzkrise besonderer Unterstützung des Staates und der Eigentümer bedurften. Dazu gehören insbesondere die Landesbanken. Konkrete Ergebnisse konnten im Jahre 2010 jedenfalls nicht erzielt werden. Es ist zu erwarten, dass nunmehr Ergebnisse durch Auflagen und Fristsetzungen von „Brüssel“ befördert werden – mit offenem Ausgang für weite Teile der Kreditwirtschaft.

Die in großem Maße thematisierte „Kreditklemme“ hat sich nicht gezeigt. Die deutschen

Kreditinstitute waren und sind in der Lage, den Konjunkturaufschwung in Deutschland mit ausreichendem Kreditangebot zu begleiten. Insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken nehmen diese Leistungsfähigkeit und -willigkeit für sich in Anspruch. So legte das Kreditvolumen der rheinischen Sparkassen nach dem Krisenjahr 2009 (+1,6%) im Jahre 2010 nochmals um 0,9% zu.

Die Ertragslage der Kreditwirtschaft hat sich insgesamt und in den meisten Einzelfällen wieder ins Positive gedreht. Bei großen Instituten ist die Entwicklung in guten Provisionserträgen begründet. Bei kleineren und mittelgroßen Instituten hat sich der Zinsüberschuss verbessert, insbesondere durch Ausnutzung der steilen Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Möglichkeiten zur Fristentransformation. Viele Sparkassen und Genossenschaftsbanken verzeichnen aufgrund dieses Umstandes Rekordergebnisse.

Kostenseitig ist im Jahre 2010 weniger mit einer Entlastung zu rechnen. Im Sachkostenbereich wurden, insbesondere unter dem Eindruck der Krisenjahre 2008 und 2009, bereits verstärkt Einsparpotenziale gehoben, und bei den Personalkosten ist aufgrund des schon im Jahre 2009 erfolgten Beschäftigungsabbaus nicht mehr mit wesentlichen kostenseitigen Entlastungen zu rechnen.

Die einzelnen Risiken haben sich unterschiedlich entwickelt: So beobachtet die Aufsicht im Zusammenhang mit der steileren Zinsstrukturkurve eine Zunahme der Zinsänderungsrisiken für die Institute. Im Bewertungsergebnis sind gegenläufige Entwicklungen zu erwarten.

Wegen des zum Jahresende angezogenen Zinsniveaus sind erhöhte Abschreibungen auf Wertpapiere absehbar. Eine positive Entwicklung zeichnet sich hingegen im Kreditgeschäft ab. Die Erholung der Wirtschaft wird geringere als erwartete Risikovorsorgen im Kreditgeschäft erfordern und die Ergebnisse der Institute damit entlasten.

1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Stadtsparkasse Bad Honnef wird in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts betrieben. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV) angeschlossen. Trägerin der Sparkasse ist die Stadt Bad Honnef.

Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen, das am 31. Dezember 2009 in seiner zuletzt geänderten Fassung in Kraft getreten ist. Die Sparkasse ist unter Wahrung des Regionalprinzips dem im Sparkassengesetz kodifizierten öffentlichen Auftrag verpflichtet, der unter anderem bestimmt, dass die Erzielung von Gewinn nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes ist. In der Satzung der Sparkasse ist das Geschäftsgebiet mit dem Gebiet der Trägerin sowie den Gebieten des Rhein-Sieg-Kreises, der Landkreise Ahrweiler und

Neuwied sowie des Gebietes der Stadt Bonn konkretisiert.

Die Sparkasse gehört dem Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV), Düsseldorf, an. Aufgabe und Schutzzweck des Sparkassenstützungsfonds ist die Institutssicherung der Mitglieds-sparkassen.

1.4 Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Sparkasse war im Geschäftsjahr 2010 insgesamt noch zufriedenstellend. Die Kredite an Kunden verharrten leicht unter und die Einlagen von Kunden leicht über dem jeweiligen Vorjahreswert. Das Wertpapiergeschäft mit Kunden konnte – trotz der Erholung an den Aktienmärkten – noch nicht zu der Intensität vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahre 2008 zurückfinden. Die Zuwächse im betreuten Wertpapiervolumen gingen im Wesentlichen auf Kurssteigerungen zurück. Der Jahresüberschuss erreichte in etwa das Vorjahresniveau, wobei ein schwächeres Zins- und Provisionsergebnis durch ein gegenüber dem Vorjahr signifikant niedrigeres Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft mit Kunden kompensiert werden konnte.

Die nachstehende Übersicht zeigt einen Überblick über die wichtigsten Bilanzzahlen:

	2010	2009	Veränderungen	Veränderungen
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	in %
Bilanzsumme	492.790	501.169	-8.380	-1,7
Geschäftsvolumen	499.375	507.179	-7.804	-1,5
Jahresüberschuss nach Steuern	397	371	26	7,0
Kredite				
Forderungen an Kunden	293.074	293.901	-827	-0,3
Treuhandkredite	5	831	-826	-99,4
Eventualverbindlichkeiten	6.585	6.010	575	9,6
	299.664	300.742	-1.078	-0,4
Liquide Mittel				
Barreserve und Ford. an KI	59.874	62.801	-2.927	-4,7
Wertpapiere	125.338	129.296	-3.958	-3,1
	185.212	192.097	-6.885	-3,6
Einlagen				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	369.930	367.990	1.940	0,5
Sichteinlagen	184.709	167.192	17.517	10,5
befristete Einlagen	16.470	27.881	-11.411	-40,9
Spareinlagen	149.654	140.666	8.988	6,4
Sparkassenbriefe	19.066	31.948	-12.882	-40,3
Sonstiges	31	303	-272	-89,9
Sparkassenkapitalbriefe	9.784	9.756	28	0,3
Inhaberschuldverschreibungen	3.550	4.537	-987	-21,8
	383.264	382.283	981	0,3
Verbindlichkeiten gegenüber KI	80.672	91.499	-10.827	-11,8
Rücklagen inkl. Bilanzgewinn	20.785	19.020	1.765	9,3

nachrichtlich:				
betreutes Wertpapiervolumen				
Depot B	103.521	98.249	5.272	5,4
DekaBank-Gruppe	37.049	31.706	5.343	16,9
	140.570	129.955	10.615	8,2

1.4.1 Bilanzsumme / Geschäftsvolumen / Jahresüberschuss

Die Bilanzsumme sank um 1,7% auf 492,8 Mio. €, nachdem im Vorjahr noch ein moderater Zuwachs von 0,8% zu verzeichnen war. Der Rückgang der Bilanzsumme wurde im Wesentlichen von der Reduzierung der liquiden Mittel auf der Aktivseite sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf der Passivseite verursacht. Die Entwicklung des Geschäftsvolumens verlief mit einem Minus von 1,5% korrespondierend zur Bilanzsumme. Der Jahresüberschuss nach Steuern erreichte 0,4 Mio. €. Damit lag der Jahresüberschuss weiterhin auf dem niedrigen Vorjahresniveau (0,4 Mio. €).

1.4.2 Kredite

Die Forderungen an Kunden blieben mit einem Volumen von 293,1 Mio. € (-0,3%) relativ konstant, nachdem im Vorjahr noch ein Wachstum von 3,8% erzielt werden konnte. Im Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen war ein Plus von 0,9% (Vorjahr: +1,6%) zu verzeichnen. In der Struktur des Kreditgeschäftes zeigen sich Unterschiede: So verloren das Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen gegenüber dem Vorjahr um 4,3% und das Kreditgeschäft mit Privatkunden um 1,6%. Kompensiert wurden diese Rückgänge durch eine Ausweitung der Kredite an öffentliche Haushalte und sonstige Kreditnehmer. Im Hinblick auf die Laufzeiten waren – absolut betrachtet – sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Forderungen an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen sowie Privatpersonen jeweils in vergleichbarer Höhe

von den Rückgängen betroffen. Die Zuwächse im übrigen Kreditgeschäft mit Kunden vollzogen sich zum überwiegenden Teil im kurzfristigen Bereich.

1.4.3 Beteiligungen

Der Buchwert der Beteiligungen beläuft sich aufgrund eines negativen Saldos aus Abschreibungen und Zuschreibungen sowie liquiditätswirksamer Beteiligungsabgänge bzw. Kapitalherabsetzungen mit 7,8 Mio. € unterhalb des Vorjahreswertes von 8,1 Mio. €. Neue Beteiligungen ist die Sparkasse nicht eingegangen. Die Dominanz der Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband sowie verbandsnaher Beteiligungen mit strategischer Bedeutung im Beteiligungsportfolio hat nach wie vor Bestand. Über diese direkten Beteiligungen werden unter anderem indirekte Beteiligungen an der WestLB AG und der Landesbank Berlin Holding AG gehalten, die im wesentlichen Maße die Werthaltigkeit des Beteiligungsportfolios der Sparkasse beeinflussen; der weit überwiegende Teil der Abschreibungen entfällt auf die indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG.

1.4.4 Liquide Mittel / Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die liquiden Mittel sanken insgesamt um 6,9 Mio. € (-3,6%) auf 185,2 Mio. €. Sie blieben damit leicht unter dem Vorjahresniveau (192,1 Mio. €). Innerhalb der einzelnen Position, aus denen sich die liquiden Mittel zusammensetzen, ergaben sich hingegen Verschiebungen.

So nahm der Anteil der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ infolge von Fälligkeiten um 48,3% auf 18,7 Mio. € ab. Die Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ stieg hingegen um 14,5% auf 106,6 Mio. € an. Diese Position setzt sich zum weit überwiegen- den Teil aus einem Spezialfonds und sonstigen Fonds zusammen. Neben Umschichtungen in diese Position waren auch Gewinnthesaurie- rungen ursächlich für den Anstieg. Die Veränderun- gen der Barreserve und der Forderungen an Kreditinstitute sind im Hinblick auf das Gesamt- volumen der liquiden Mittel von marginaler Natur.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinsti- tuten wurden um 11,8% auf 80,7 Mio. € zurück- geführt. Es handelte sich im Wesentlichen um fällige Refinanzierungen, die nicht prolongiert wurden.

1.4.5 Kundeneinlagen und eigene Emissionen

Nach den deutlichen Zuwächsen in den Vor- jahren (2009: 6,0%; 2008: 5,1%) nahmen die Einlagen nur moderat um 0,3% auf 383,3 Mio. € zu. Im Durchschnitt aller rheinischen Sparkas- sen war ein Plus von 2,0% zu verzeichnen (Vorjahr: +1,6%). Damit blieb die Sparkasse hinter dem Verbandsdurchschnitt zurück, wobei zu berücksichtigen ist, dass auf Ver- bandsebene die Einlagenbestände im Vorjahr um 1,5% abgeschmolzen sind, während die Sparkasse einen kräftigen Zuwachs verbuchte. Die Fristigkeitsstruktur innerhalb des Einlagen- bestandes hat sich uneinheitlich verändert:

Sichteinlagen konnten um 10,5% auf 184,7 Mio. € zulegen, wohingegen befristete Einla- gen um 40,9% auf 16,5 Mio. € verloren. Fak- tisch eher langfristige Spareinlagen wuchsen um 6,4% auf 149,7 Mio. € an, Sparkassenbriefe schmolzen hingegen um 40,3% auf 19,1 Mio. € ab. In dem Zuwachs der Sichteinlagen ist nach wie vor eine hohe Liquiditätspräferenz der Kunden zu erkennen. Die Veränderung bei den befristeten Einlagen ist stichtags- und damit dispositionsbedingt. Der Rückgang des Bestandes an Sparkassenbriefen ist im engen Zusammenhang mit der Zunahme im Vorjahr (+100,3%) zu sehen, als im Rahmen eines Aktionsangebotes einjährige Sparkassenbriefe abgesetzt wurden; Fälligkeiten wurden von den Kundinnen und Kunden unter anderem in Zuwachs- und Vermögenssparen (Spareinlagen) umgeschichtet, um an attraktiven Zinsen zu partizipieren bei gleichzeitig (formell) kurzen bis mittleren Laufzeiten.

1.4.6 Wertpapiergeschäft

Das nicht bilanzwirksame Wertpapiergeschäft bewegte sich im Berichtsjahr – trotz der Erho- lung an den Aktienbörsen – auf einem für die Sparkasse nach wie vor niedrigen Niveau. Im Jahre 2010 summierten sich die für Kunden ausgeführten Wertpapieran- und -verkäufe, der Wertpapierumsatz, auf 58,7 Mio. €, womit ge- genüber dem Vorjahr zwar ein Plus von 16,8% erzielt wurde, aber die Intensität des Wertpa- piergeschäfts vor der Krise noch nicht wieder erreicht werden konnte. Korrespondierend zur anziehenden Umsatztätigkeit hat sich der Nettowertpapierabsatz, der Saldo aus Wert- papieran- und -verkäufen, von -1,6 Mio. € in

+1,7 Mio. € gedreht. Sowohl im Hinblick auf den Wertpapierumsatz als auch den -nettoabsatz ist jedoch zu konstatieren, dass die Zahlen nicht unwesentlich von einem Einzelgeschäft beeinflusst wurden. Der Wertpapierbestand der Kunden wuchs im zurückliegenden Jahr um 8,2% auf 140,6 Mio. €. Die Zunahme ist zum weit überwiegenden Teil auf Kurserholungen zurück zu führen. Von dem Wertpapierbestand werden 103,5 Mio. € (+5,4%) in den Kundendepots gehalten und 37,0 Mio. € (16,9%) in Form von Fondsanteilen, die von der Sparkasse vermittelt wurden, bei der Deka-Gruppe verwaltet.

1.4.7 Bausparen / Immobilien / Versicherungen

Mit 312 vermittelten LBS-Bausparverträgen übertraf die Sparkasse das Vorjahresergebnis von 254 Verträgen um 22,8%. Damit konnte nach Jahren rückläufiger Ergebnisse erstmalig wieder ein deutliches Plus erzielt werden. Die Sparkasse führt diesen Erfolg auf eine gesteigerte Nachfrage nach Wohn-Riester-Verträgen zurück.

Das Immobiliengeschäft der Sparkasse hat sich einmal mehr als ein stabiler Ertragsfaktor erwiesen, obwohl die Anzahl der vermittelten Objekte (Verkäufe und Vermietung) um 16,7% von 84 auf 70 zurückgegangen ist.

Die Vermittlung von Altersvorsorgeverträgen (Lebensversicherungsverträge inkl. Riester-Verträge und betriebliche Altersvorsorge) konnte gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. So stieg die Zahl der im Berichtszeitraum vermittelten Geschäfte um 12,5% auf 270

Verträge. Die übrigen Personenversicherungen legten um 44,6% auf 162 Abschlüsse zu.

Das Sachversicherungsgeschäft hat gegenüber dem Vorjahr abermals einen guten Verlauf genommen: Nachdem im Vorjahr 312 Verträge vermittelt wurden, waren es im Jahre 2010 insgesamt 453. Damit konnte ein stattlicher Zuwachs von über 45,2% realisiert werden.

1.4.8 Eigenanlagen

Die Eigenanlagen der Sparkasse nahmen um 3,1% auf 125,3 Mio. € ab, nachdem im Vorjahr das Volumen um 25,5% zulegte. Innerhalb der Eigenanlagen schmolzen die Direktanlagen in Schuldtiteln aufgrund von Fälligkeiten um 48,3% auf 18,7 Mio. € ab. Die Fälligkeiten standen unter anderem im Zusammenhang mit dem Anstieg dieser Position im Vorjahr um 111,1%, als Gegenanlagen für im Kundengeschäft verkaufte Sparkassenbriefe vorgenommen wurden. Kompensiert wurden die abschmelzenden Bestände durch den Anstieg bei den Spezialfonds um 15,0% aufgrund von Umschichtungen und Gewinnthesaurierung; das Volumen beträgt zum Jahresende 102,8 Mio. €. Die absolute Veränderung bei den sonstigen Fonds hatte lediglich marginale Auswirkung auf den Gesamtbestand. Spezialfonds und sonstige Fonds werden in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen.

In den Eigenanlagen befindet sich ein Titel, für den ein illiquider Markt festgestellt wurde. Für die Ermittlung des Bewertungskurses zu diesem Papier hat die Sparkasse in Ermangelung

von Marktpreisen das Discounted-Cashflow-Verfahren angewandt. Im Rahmen dieses Modells wurden hinsichtlich der Marktliquidität Annahmen zu Liquiditätsspreads getroffen. Gleiches gilt für Kreditspreads, die die Ratingnoten der Anleihen im Bewertungsmodell abbilden. Aufgrund dieser fiktiven Annahmen ist das Bewertungsergebnis naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet.

Konkret handelt es sich bei dem Titel um eine forderungsbesicherte Anleihe über nominal 2,0 Mio. € im Anlagevermögen. Leistungsstörungen sind zu dem Titel bislang nicht aufgetreten. Aufgrund von Cash-flow-Analysen zu dem Papier geht die Sparkasse davon aus, dass eine Rückzahlung zum Nennwert nicht wahrscheinlich ist. Gegenüber dem Vorjahr hat die Sparkasse eine weitere Abschreibung vorgenommen; der Buchwert beträgt nunmehr 10,0% des Nominalwertes (Vorjahr: 20,0%).

Umwidmungen von Eigenanlagen aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen wurden nicht vorgenommen. Weitere Bewertungsmaßnahmen in den Eigenanlagen waren ohne wesentliche Bedeutung für das Ergebnis der Sparkasse.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenssituation

2.1 Ertragslage

Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse entwickelte sich im Geschäftsjahr 2010 insgesamt noch zufriedenstellend. Der Jahresüberschuss nach Steuern erreichte 0,4

Mio. € und lag damit weiterhin auf dem niedrigen Vorjahresniveau (0,4 Mio. €).

Zu dem Ergebnis 2010 im Einzelnen: Der Zinsüberschuss – einschließlich laufender Erträge (gem. GuV, Pos. 3) – sank im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mio. € (-6,2%) auf 9,5 Mio. €. Der Rückgang ist auf die Zinsentwicklung im Zusammenwirken mit den gegebenen Bilanzstrukturen zurück zu führen, in deren Folge die Zinserträge stärker abnahmen als die Zinsaufwendungen. Dieser Effekt wurde durch einen Rückgang der laufenden Erträge verstärkt.

Die Zinsspanne, die den nach den bundeseinheitlichen Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen modifizierten Zinsüberschuss zur Durchschnittsbilanzsumme (DBS) in Beziehung setzt, sank dazu korrespondierend von 1,93% auf 1,76%. In dieser Betrachtung ist für die Entwicklung der Zinsspanne das gestiegene negative Zinsergebnis aus Derivaten zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken von maßgeblicher Bedeutung. Der Anstieg der DBS um 1,7% auf 521,7 Mio. € (Vorjahr: +2,4%) hat sich auf die Abnahme der relativen Zinsspanne verstärkend ausgewirkt. Das zinsabhängige Geschäft blieb damit weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Sparkasse. Aufgrund des harten Preiswettbewerbs im Bankensektor wird die Zinsspanne weiterhin unter Druck bleiben.

Der Provisionsüberschuss unterschritt die Marke von 3,0 Mio. € und fiel auf 2,9 Mio. € zurück. Damit folgte einem Minus von 3,6% im Vorjahr ein weiterer Rückgang um 3,6%. Zurück zu führen war dieser nochmalige Rückgang insbesondere auf das Vermittlungsgeschäft mit Immobilien und Versicherungen, das das hohe

Vorjahresniveau nicht halten konnte. Das für das Provisionsergebnis wichtige Wertpapiergeschäft vermochte es im zweiten Jahr hintereinander nicht, an die Intensität vor Ausbruch der Finanzkrise anzuknüpfen. Insofern verharren die auf das Wertpapiergeschäft entfallenden Provisionserträge nochmals leicht nachgebend auf dem Vorjahresniveau.

Insgesamt sanken die Erträge (GuV, Pos. 1 bis 9) um 6,1% auf 12,6 Mio. €. Gleichzeitig nahm der Gesamtaufwand (GuV, Pos. 10 bis 12) um 6,9% auf 10,7 Mio. € zu. Die in der GuV-Position 10 ausgewiesenen allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 7,1% auf 10,1 Mio. €. Der darin enthaltene Personalaufwand legte auf 7,2 Mio. € (+9,2%) zu; der Anstieg wurde im Wesentlichen durch einen Einmaleffekt verursacht. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich zwar um 2,1%, blieben zum Vorjahr mit 2,9 Mio. € jedoch auf einem vergleichbaren Niveau. Die Sparkasse sieht darin insofern einen Erfolg, als sich die guten Ergebnisse des Sachkostenmanagements im Vorjahr als nachhaltig erwiesen haben.

Die nach den Regeln des Betriebsvergleiches ermittelte Cost-Income-Ratio, das Verhältnis von ordentlichen Kosten zu ordentlichem Ertrag, stieg nach 75,0% im Vorjahr auf 81,2%. Die Verbesserung dieser Kennzahl ist nach wie vor ein wichtiges Ziel der Unternehmenspolitik der Sparkasse.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft werden – nach Saldierung mit entspre-

chenden Erträgen – in Höhe von -0,4 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: -2,9 Mio. €). Der auf das Kreditgeschäft entfallende Teil des Saldos fiel auf -0,3 Mio. € (Vorjahr: -2,9 Mio. €). Der auf Wertpapiere entfallende Teil erreichte einen geringen negativen Betrag; im Vorjahr war es ein geringer positiver Betrag.

Die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV-Position 18) in Höhe von 0,2 Mio. € erfolgt zur Bildung einer bilanziellen Vorsorge im Zusammenhang mit der Abwicklungsanstalt zur Stabilisierung der WestLB AG (siehe Kapitel C „Risikoberichterstattung“, Punkt 4.1.2).

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit stieg um 234,2% auf 902,7 Tsd. €.

Außerordentliche Aufwendungen (GuV-Position 21) in Höhe von 37,2 Tsd. € waren als Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes angefallen. Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 468,6 Tsd. € und liegt damit über dem Vorjahresaufwand von 4,0 Tsd. €.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 397,0 Tsd. €; im Vorjahr belief sich der Jahresüberschuss auf 371,1 Tsd. €.

Das Ergebnis kann – vor allem wegen des günstigen Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft – als insgesamt noch zufriedenstellend bezeichnet werden. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 397,0 Tsd. € soll der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

2.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund der planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die eingeräumten Kreditlinien wurden bei der Westdeutschen Landesbank AG dispositionsbedingt und bei der Deutschen Bundesbank nicht in Anspruch genommen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde genutzt.

Der Liquiditätsgrundsatz der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Für die Sparkasse ergab sich zum Jahresende eine Liquiditätskennzahl von 2,56 (Vorjahr: 2,97). Sie liegt damit deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0.

2.3 Vermögenslage

Im Jahre 2006 hat die Sparkasse im Zuge der Veräußerung von Immobilien 1,5 Mio. € in den Sonderposten mit Rücklagenanteil eingestellt. Der Sonderposten wurde im Jahre 2007 aufgelöst und auf einen neu errichteten Gebäudetrakt der Hauptstelle übertragen. Im Rahmen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes nutzte die Sparkasse die Möglichkeit, die in diesem Gebäudetrakt vorhandenen Reserven in Höhe von 1,4 Mio. € zu heben und direkt der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Unter Berücksichtigung des vorstehenden Einmaleffektes und nach Zuführung des Bilanz-

gewinns – vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses des Trägers – wird sich die Sicherheitsrücklage auf 20,8 Mio. € belaufen; das entspricht einem Plus von 9,3% gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der Eigenmittel, bezogen auf das 12,5fache der Gesamtanrechnungsbeträge, überschritt per 31.12.2010 mit 14,3% bei einer Bandbreite im Berichtsjahr von 13,1% bis 14,3% deutlich den in der Solvabilitätsverordnung vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0%. Der Vorjahreswert lag bei 13,1%. Die Basis für die Nutzung künftiger Wachstumschancen ist somit gegeben.

Die ergänzenden Eigenkapitalbestandteile – die zusammen mit der Sicherheitsrücklage das haftende Eigenkapital der Sparkasse bilden – bestehen zu einem nicht unerheblichen Teil aus anrechenbaren Teilen von Sparkassenkapitalbriefen mit Nachrangabrede; der Bestand beträgt zum Jahresende 9,8 Mio. €. Im Zuge der Umsetzung von Basel III werden die für das haftende Eigenkapital anrechenbaren Beträge im Rahmen der vorgesehenen Übergangsfrist bzw. der Fälligkeiten bis Anfang des Jahres 2020 abschmelzen. Die Sparkasse verfolgt das Ziel, diese Beträge durch Gewinnthesaurierung in dem Zeitraum zu kompensieren.

Die Strukturen auf der Aktivseite der Bilanz – gemessen an der Bilanzsumme – blieben weitestgehend stabil: Der Anteil der Forderungen an Kunden stieg auf 59,5% (Vorjahr: 58,6%), die Wertpapierquote fiel leicht auf 25,4% (Vorjahr: 25,8%) und das Gewicht der Forderungen an Kreditinstitute blieb ebenfalls relativ konstant bei 10,0% (Vorjahr: 10,2%). Auf der Passivseite

fielen die Strukturveränderungen etwas stärker aus: Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erreichten einen Anteil von 75,1% (Vorjahr: 73,4%) und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten ihre Quote auf 16,4% (Vorjahr: 18,3%) an der Bilanzsumme.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute besteht zusätzlich Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Personal- und Sozialbereich

Die Gesamtzahl der Beschäftigten – einschließlich der Auszubildenden – sank zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr (-1,7%) um -1,7% auf insgesamt 114 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 71 vollzeit- und 30 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie 13 Auszubildende. Das Alterszeitmodell wurde zum Jahresende von zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt (Vorjahr: zwölf). Vier Auszubildende beendeten erfolgreich ihre Ausbildung. Von ihnen wurden zwei unbefristet und zwei befristet in das Stellenverhältnis übernommen.

Besonderes Augenmerk hat die Sparkasse auch im Jahre 2010 auf die gezielte Weiterbildung,

Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt.

3.2 Spenden und Stiftungen

Die Stadtsparkasse Bad Honnef und ihre Stiftung stellten auch im Jahre 2010 ihr gesellschaftliches Engagement unter Beweis. So wurden Aktivitäten im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich mit insgesamt 0,1 Mio. € in Form von Spenden und Sponsoring unterstützt.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, die nicht mehr im Jahresschluss des abgelaufenen Jahres berücksichtigt werden konnten, die aber zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, wenn sie eher eingetreten wären, waren nicht zu verzeichnen.

C. Risikoberichterstattung

1. Risikomanagementsystem

Für das Risikomanagement hat die Sparkasse als Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a KWG ein Risikosteuerungs- und Überwachungssystem eingerichtet. Dieses System umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse. Grundlage für das Risikomanagementsystem ist das Strategiebuch der Sparkasse, das die Geschäftsstrategie, die

Risikostrategie sowie von dieser abgeleitete Teilstrategien umfasst. Die Verantwortung für die Strategien und die Entwicklung des Risikomanagementsystems liegt beim Vorstand.

2. Risikostrategien und Prozesse

Die zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie legt das Risikoverständnis, die Risikoneigung sowie die Methodenwahl für den Umgang mit Risiken fest und beschreibt die Prozesse des Risikomanagements. Zielsetzung der Risikostrategie ist der Schutz des Vermögens der Sparkasse. Die Strategien werden jährlich überprüft und dem Verwaltungsrat der Sparkasse bzw. dem von ihm gebildeten Risikoausschuss zur Kenntnis gegeben und erörtert.

Unter dem Risikobegriff versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die durch von den Erwartungen abweichende ungünstigere zukünftige Entwicklungen entstehen und in deren Folge eine Vermögensminderung eintreten kann („enger“ Risikobegriff).

Risiken geht die Sparkasse bewusst im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeit ein. Entscheidungskriterium für die Übernahme von Risiken im Einzelfall bzw. bei einem bestimmten Portfolio ist eine günstige Risiko-/Ertragsrelation. Bei einer ungünstigen Relation sorgt die Sparkasse für eine Kompensation oder Verminderung der Risiken. Risiken mit einem vertretbaren Schadenspotenzial werden akzeptiert. Grundsätzlich sollen Risikokosten über Risikoprämien neutralisiert werden.

In ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung nimmt die Sparkasse eine risikoneutrale Position ein.

Der Risikomanagementprozess umfasst die Erkennung, Bewertung, Messung, Berichterstattung, Steuerung und Kontrolle der Risiken. Der Risikomanagementprozess der Sparkasse ist in der Risikostrategie sowie im Risikohandbuch dokumentiert.

Die Erkennung und Bewertung der Risiken erfolgt im Rahmen der jährlich zentral durchzuführenden Risikoinventur, in der ausgelagerte Bereiche implizit berücksichtigt werden. Sind Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten geplant, wird dieser Aspekt unterjährig in einer Testphase zur Bewertung des Risikopotenzials und zur Installation adäquater Prozesse berücksichtigt. Outsourcing-Maßnahmen ist eine Risikoanalyse vorangestellt. Im Ergebnis werden die wesentlichen Risiken ermittelt und das Gesamtrisikoprofil der Sparkasse erstellt. Als wesentliche Risiken berücksichtigt die Sparkasse Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Beteiligungs- und operationelle Risiken.

Die wesentlichen Risiken werden mit Ausnahme der nicht quantifizierbaren Liquiditätsrisiken in das Risikotragfähigkeitskonzept, das methodisch in der periodenorientierten Sicht erstellt wird, einbezogen. Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes sind Risiken als unerwartete Verluste definiert. Erwartete Verluste werden in den Plan- bzw. Prognoseberechnungen bereits als Bewertungsergebnis berücksichtigt und reduzieren insofern das Risikodeckungspotenzial. Teil des Risikotragfähigkeitskonzeptes sind die Festlegung des Gesamtbanklimits und die Ableitung der Limite für die einzelnen Risikokategorien bzw. -arten.

Die Grundlage für die laufende Risikotragfähigkeitsberechnung bilden Plan- und Risikoszenarien, die insbesondere historische Ereignisse berücksichtigen, von denen ausgehend die Auswirkungen auf die jeweiligen wesentlichen Risiken isoliert ermittelt werden. Darüber hinaus wurden erstmals Extremszenarien zur Durchführung von weitergehenden Stresstests aufgestellt. Extrem-Szenarien können sowohl historische als auch außergewöhnliche, aber plausible (hypothetische) Ereignisse beinhalten. Die Auswirkungen der Extrem-Szenarien auf die wesentlichen Risiken werden untersucht, um darüber die Veränderungen der gesamten Risikosituation der Sparkasse zu simulieren. Die Ergebnisse haben den Charakter eines ergänzenden Orientierungsmaßstabes zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit.

Außerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts werden einzelne Risikoarten (Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft sowie Zinsänderungsrisiken) in der wertorientierten Sicht betrachtet bzw. gesteuert, wobei eine enge Verzahnung zur periodenorientierten Sicht sichergestellt ist.

Korrelationseffekte zwischen den Risiken quantifiziert die Sparkasse bei der laufenden Risikotragfähigkeitsberechnung nicht. Dieser Aspekt wird jedoch – ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept – mit den seit dem Jahre 2005 jährlich mit einem Verbundpartner durchgeführten Asset-Liability-Studien abgedeckt.

Die Risikomessung und die Überwachung der Einhaltung der Risikolimits bzw. der Warnschwellen erfolgt fortlaufend. Des Weiteren wird die Wirkung von Steuerungsmaßnahmen kontrolliert. Die Limitauslastungen fließen in das Berichtswesen ein.

Die Entscheidung über Steuerungsmaßnahmen liegt beim Vorstand der Sparkasse.

3. Struktur und Organisation der Risikosteuerung

Die Risikosteuerung der Sparkasse ist nach Risikokategorien bzw. Risikoarten, die die Sparkasse als wesentlich eingestuft hat, strukturiert. Diese Risiken fließen in den Risikomanagementprozess ein. Organisatorisch obliegt im Bereich Zentrale Dienste der Betriebswirtschaftlichen Abteilung das Erkennen, Bewerten, Messen und Reporten der Risiken sowie die Kontrolle von Steuerungsmaßnahmen. In diese Tätigkeiten ist die Marktfolge-Aktivität mit einbezogen. Steuerungsmaßnahmen werden vom Vorstand entschieden und in den Marktbereichen umgesetzt. Die von den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgeschriebene Trennung zwischen Marktfolge und Markt hat die Sparkasse für das risikorelevante Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft bis auf die Ebene des Vorstandes aufbauorganisatorisch umgesetzt. Die Trennung umfasst ebenfalls die Zwei-Voten-Regelung im risikorelevanten Kreditgeschäft.

4. Wesentliche Risiken

4.1 Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko definiert die Gefahr von Verlusten durch Bonitätsverschlechterungen oder Ausfällen von Geschäftspartnern. Das Ausfallrisiko betrifft das Kreditgeschäft, das Beteiligungsgeschäft, das Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften

sowie das Länderrisiko. Das Kontrahentenrisiko ist aufgrund der geringen Handelsgeschäftstätigkeit sowie der eng umrissenen Partnerliste und das Länderrisiko aufgrund der geringen Relevanz für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Adressenausfallrisiken geht die Sparkasse grundsätzlich nur im Rahmen festgelegter bzw. bewilligter Limite ein.

4.1.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Für das Kreditgeschäft mit Kunden erstellt die Sparkasse zum Beginn eines jeden Jahres eine Kreditrisikostategie als Teilstrategie zur Risikostrategie. Inhalte der Strategie sind die Darstellung und Bewertung der Ist-Situation, die Planung, die Prognose über die Entwicklung in der Region und die Steuerungsmaßnahmen zur Gewährleistung einer hinreichenden Portfolioqualität.

Die Risikosteuerung setzt auf der Einzelkreditnehmerebene an und vollzieht sich im Wesentlichen im Kreditvergabeprozess durch Beachtung der Steuerungsmaßnahmen aus der Kreditrisikostategie. Kreditlimite werden auf Partnerebene täglich überwacht. Bei Überschreitung werden geeignete Maßnahmen unter Berücksichtigung der Risikosituation im Einzelfall ergriffen. Die Risikosteuerung auf Einzelkreditnehmerebene wird durch risikoadjustierte Konditionen im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen unterstützt.

Die Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer basiert auf einer Analyse der Einkommens- und

Vermögensverhältnisse. Unterstützt wird die Analyse im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen durch das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelte Einzelbilanzanalysesystem (EBIL).

Zur Risikoklassifizierung werden Instrumente der Rating und Risikosysteme GmbH (SR) eingesetzt. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen handelt es sich um das Standard-Rating, das das risikorelevante Kreditgeschäft der Sparkasse weit überwiegend abbildet. Bei kleineren gewerblichen Kreditengagements wird das Kompakt-Rating mit Girokonto (vormals Kleinst-Kunden-Rating) genutzt. Zusätzlich nutzt die Sparkasse das Immobilien-Rating. Die Umsetzung des Kompakt-Ratings ohne Girokonto für kleinere gewerbliche Kreditengagements und des -Kundenscorings für das Kreditgeschäft mit Privatkunden steht noch aus.

Die Erkennung von Kreditrisiken erfolgt im Rahmen eines Risikofrühwarnsystems, in das „harte“ und „weiche“ Risikoindikatoren einfließen. Liegen harte Indikatoren vor, wird der Kreditnehmer zwingend der Intensivbetreuung innerhalb des Marktbereiches bzw. der Problemkreditbearbeitung als Sanierungs- oder Abwicklungskredit in der Marktfolge-Aktiv zugeordnet. Weiche Kriterien führen zu einer Überprüfung mit anschließender Entscheidung über den Betreuungsstatus. Parallel zu diesem Frühwarnsystem wird schrittweise das OSPlus Frühwarnsystem der Finanz Informatik GmbH & Co. KG (FI) eingeführt, um das bestehende System abzulösen bzw. zu ergänzen.

Für die Quantifizierung der Adressenausfallrisiken nutzt die Sparkasse in der periodenorientierten Sicht ein selbst entwickeltes Berechnungsmodell. Die Basis für dieses Modell bildet eine jährlich fortzuschreibende Zeitreihe mit tatsächlich eingetretenen Vorsorgeaufwendungen (Saldo aus Neubildung und Auflösung von EWB zzgl. Direktabschreibungen). Die Limitauslastung wird fortlaufend ermittelt. Darüber hinaus werden mit Hilfe des Kreditrisikomodells Credit-Portfolio-View (CPV) die Kreditrisiken in der wertorientierten Sicht ermittelt.

Risikovorsorgemaßnahmen ergreift die Sparkasse bei Engagements, bei denen die Kapitaldienstfähigkeit nachhaltig nicht gegeben ist; die Realisationswerte von Sicherheiten werden berücksichtigt. Zur Ermittlung und Bestandspflege von Vorsorgemaßnahmen bei als ausfallgefährdet identifizierten Kreditengagements nutzt die Sparkasse eine praxisbewährte Standard-Software (ABIT-Recht.net). Darüber hinaus schirmt die Sparkasse entsprechend handelsrechtlicher Vorgaben Kreditrisiken mit Pauschalwertberichtigungen ab.

Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Limit belastet. Die Risikoauslastung überschritt im zurückliegenden Jahr zu keiner Zeit die Warnschwelle und das Limit. Im Vorjahr kam es unter anderem infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer Überschreitung der erwarteten Verluste im Kreditgeschäft, die in der Systematik des Risikotragfähigkeitskonzeptes zu einer Überschreitung des Limits für unerwartete Verluste geführt hat. Aufgrund der Auslastung des Gesamtbanklimits wurde die Limitüberschreitung toleriert. Für das laufende Jahr sieht die Sparkasse keine Anhaltspunkte für eine Überschreitung der erwarteten Verluste sowie

der Warnschwelle und des Limits für unerwartete Verluste.

Risikokonzentrationen werden hinsichtlich der Größenklassenverteilung, der Branchenstruktur und -schwerpunkte, regionaler Konzentrationen sowie Sicherheitenkonzentrationen als grundsätzlich relevant identifiziert und unterliegen in der Kreditrisikostrategie einer jährlichen Bewertung. Besonderes Risikopotenzial ist nicht gegeben.

4.1.2 Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Der Umgang mit Beteiligungen ist in der Geschäfts- und einer separaten Beteiligungsstrategie festgelegt.

Das Beteiligungsgeschäft beschränkt sich auf strategische Beteiligungen, die dem Verbundgedanken folgen oder Ausdruck der Verantwortung für die Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Bad Honnef sind, und Funktionsbeteiligungen, die der Spezialisierung und/oder Bündelung betrieblicher Aufgaben dienen. Renditeorientierte Kapitalbeteiligungen und kreditsubstituierende Beteiligungen geht die Sparkasse grundsätzlich nicht ein.

Zum weit überwiegenden Teil wird das Beteiligungsportfolio von der Pflichtbeteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) dominiert. Die Überwachung der Verbundbeteiligungen erfolgt durch Vertreter der Sparkassen in den Gremien des RSGV und den Beteiligungsunternehmen. Darüber hinaus ist die Sparkasse in den Aufsichtsgremien eines Teils der Beteiligungsunternehmen direkt vertreten.

Der Beteiligungsbericht des RSGV gibt jährlich Auskunft über die Geschäftsentwicklung und -lage der Beteiligungsunternehmen und bildet neben den Jahresabschlüssen der Beteiligungsunternehmen eine wichtige Grundlage für das Beteiligungscontrolling der Sparkasse.

Über Umfang, Strukturen, Risiken und Vorsorgemaßnahmen wird jährlich ein Beteiligungsreport erstellt, der an Vorstand und Verwaltungsrat bzw. dem von ihm gebildeten Risikoausschuss adressiert ist.

Die Sparkasse quantifiziert Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen für Zwecke des Risikotragfähigkeitskonzeptes analog den Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Risiken aus Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen und dem Kreditgeschäft werden in einem Limit abgebildet. Insofern gelten die Ausführungen zur Risikolage bzw. künftigen Risikoeinschätzung unter Punkt 4.1.1 grundsätzlich analog.

Eine darüber hinausgehende Risikobetrachtung in Form von Szenario-Rechnungen nimmt die Sparkasse für Adressenausfallrisiken aus der indirekten Beteiligung an der WestLB AG vor, die sich auf die Werthaltigkeit der Beteiligung an dem RSGV auswirken könnten. Diese Risiken waren im zurückliegenden Jahr – wie auch im Vorjahr – tragbar und sind in der Risikotragfähigkeitsberechnung für das Jahr 2011 ebenfalls als tragbar festgestellt worden.

Zudem ist die Sparkasse als Mitglied des RSGV in Höhe ihrer Beteiligungsquote (0,3156%) an dessen Verlustausgleichsverpflichtung im Zusammenhang mit der Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz zur Stabilisierung der WestLB AG beteiligt. Danach hat der RSGV für tatsächliche liquidi-

tätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital dieser Anstalt von 3,0 Mrd. € und deren erzielten Erträgen ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € einzustehen. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung keine Rückstellung zu bilden.

Für das Risiko der Sparkasse, während der langen Abwicklungsdauer wegen der Verlustausgleichsverpflichtung des RSGV in Anspruch genommen zu werden, wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden; nach Ablauf von 10 Jahren wird das Verfahren einer Überprüfung unterzogen. Für das Geschäftsjahr 2010 wurde eine Vorsorge in Höhe von 0,237 Mio. € durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g Handelsgesetzbuch getroffen; im haftenden Eigenkapital sind diese Dotierungen nicht berücksichtigt.

4.1.3 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Eigengeschäfte in Finanzinstrumenten (Handelsgeschäfte) betreibt die Sparkasse zur Liquiditäts- und ertragsorientierten Anlage ihrer Mittel sowie zur Steuerung vorhandener Zinsänderungsrisiken im Rahmen des Treasury-Prozesses.

Die strategische Ausrichtung ist in der Geschäftsstrategie und den Rahmenbedingungen für Handelsgeschäfte festgelegt. Danach ist ein wesentlicher Teil der Sparkassenmittel in einem Spezialfonds angelegt. Handelsgeschäfte im Direktgeschäft beschränkt die Sparkasse auf den Erwerb von Anleihen und Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Emittenten und

Kreditinstituten im OECD-Raum. Korrespondierend zu dieser Ausrichtung hat sich die Sparkasse als Nicht-Handelsbuchinstitut positioniert.

Der Vollständigkeit halber werden Adressenausfallrisiken aus Positionen in der Direktanlage auf Basis der Emissionsratings bzw. ersatzweise der Emittentenratings für Zwecke des Risikotragfähigkeitskonzeptes quantifiziert, obwohl diese nicht als wesentlich eingestuft sind.

4.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen des Zinsniveaus und aus den daraus resultierenden Preisänderungen ergeben. Zusätzliche Risiken liegen in Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist.

Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungsstichtag am 31. Dezember eines jeden Jahres zu Abschreibungen oder am Tag der Realisation zu effektiven Verlusten führen. Wesentliche Marktpreisrisiken sind das Zinsänderungsrisiko sowie das Aktien-, Options-, und Währungsrisiko. Aktien-, Options- und Währungsrisiken werden lediglich im Rahmen eines Spezialfonds unter Beachtung der Anlagebedingungen eingegangen.

4.2.1 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Die Messung und Begrenzung von Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte innerhalb des

Risikotragfähigkeitskonzeptes erfolgt nach dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Der VaR wird für die Positionen während einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Beobachtungszeitraum von 250 Handelstagen ermittelt. Das Konfidenzniveau beträgt 99%. Der VaR belastet das aus der Risikotragfähigkeitsberechnung zur Verfügung gestellte Limit.

Darüber hinaus werden die Auslastungen der ergänzend für Handelsgeschäfte im Sinne eines Frühwarnsystems geführten Verlustobergrenze (VOG) sowie davon abgeleitete Sublimate beobachtet. Zu diesem Zweck wird zusätzlich zur Ermittlung des VaR eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) vorgenommen. Im Rahmen einer Worstcase-Betrachtung, die auf Erkenntnissen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 basieren, werden gesonderte Risikoparameter berücksichtigt.

Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Limit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr – wie auch im Vorjahr – jederzeit innerhalb des Limits und unterhalb der Warnschwelle. Gleiches gilt für die täglich – im Sinne eines Frühwarnsystems – überwachte VOG. Lediglich bei einzelnen Sublimiten traten temporär Überschreitungen auf, die aufgrund des Gesamtrisikobildes toleriert wurden. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse keine Anhaltspunkte, dass die Warnschwelle oder das Limit überschritten werden könnten.

4.2.2 Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs sind sowohl Gegenstand eines perioden- als auch wertorientierten Risikomanagementprozesses.

Impulse zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos gibt die wertorientierte Sicht nach dem VaR-Ansatz. Die Sparkasse berechnet im Rahmen des Performancekonzeptes monatlich den Barwert des Zinsbuches. Der VaR basiert auf einem Konfidenzniveau von 99% während einer Haltedauer der Positionen von 90 Tagen. Der Beobachtungszeitraum der historischen Simulation geht bis in das Jahr 1988 zurück.

Das statische Zinsänderungsrisiko (Overnight-Zinsanstieg) wird nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben anhand einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +130 und -190 Basispunkte ermittelt. Im Berichtsjahr wurde die Grenze, ab der die Aufsicht so genannte „Ausreißerinstitutionen“ definiert, zu keinem Zeitpunkt überschritten. Im Vorjahr lag zu einem Monatsultimo eine marginale Überschreitung vor.

Die Steuerung orientiert sich an einer absoluten Obergrenze (Limit) für Zinsänderungsrisiken. Dieses Limit wurde im Berichtsjahr nicht überschritten. Im Vorjahr lag eine kurzzeitige Überschreitung des Limits aufgrund einer Ausweitung des Zinsbuches vor. Daneben wird eine Benchmark nachrichtlich beobachtet. Zur Steuerung werden im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements bilanzwirksame Geschäfte oder Zinsswapgeschäfte abgeschlossen; im Jahre 2010 hat die Sparkasse insgesamt zwei neue Swaps abgeschlossen.

Auswirkungen auf die Ertragsentwicklung der Sparkasse werden als strenge Nebenbedingung beachtet. Insofern besteht eine enge Verzahnung der perioden- und wertorientierten Sicht, die Grundlage für das Risikotragfähigkeitskonzept in der periodenorientierten Sicht ist.

In der periodenorientierten Sicht wird das Zinsänderungsrisiko als Zinsspannenrisiko betrachtet. Das Zinsspannenrisiko ist definiert als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem zuvor erwarteten Wert. Unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien wird das Zinsspannenrisiko quantifiziert.

Die ermittelten Risiken werden dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes festgelegten Limit belastet. Die Risikoauslastung lag im zurückliegenden Jahr – wie auch im Vorjahr – jederzeit innerhalb des Limits und unterhalb der Warnschwelle. Für das laufende Jahr hat die Sparkasse keine Anhaltspunkte, dass die Warnschwelle oder das Limit überschritten werden könnten bzw. die Risiken nicht innerhalb dieser Grenzen gesteuert werden könnten.

4.3 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko für die Sparkasse, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen zu können.

Zur Messung des Risikos werden arbeitstäglich im Rahmen der Liquiditätsplanung die kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenübergestellt und eine Unter- bzw. Überdeckung ermittelt. Die kurzfristige Liquiditätsplanung weist einen

Planungshorizont von sechs Monaten auf. Der Vorstand wird arbeitstäglich über den Liquiditätsstatus in Form eines Berichtes informiert. Darüber hinaus erfolgt monatlich eine mittelfristige Liquiditätsplanung mit einem Planungshorizont von einem Jahr.

Zur Steuerung der Liquidität tätigt die Sparkasse Transaktionen auf dem Geldmarkt. Geschäftspartner sind in erster Linie die WestLB AG auf dem Gebiet der Anlage und Aufnahme von Tages- bzw. Termingeldern sowie die Bundesbank im Rahmen von Offenmarktgeschäften. Zur Begrenzung von Liquiditätsrisiken stehen der Sparkasse ausreichende Liquiditätsfazilitäten bei der WestLB AG und der Bundesbank zur Verfügung.

Neben den täglich verfügbaren Mitteln verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere liquide Mittel in Form von börsengehandelten Wertpapieren der Liquiditätsreserve, durch die die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist.

Zur Beurteilung ihrer Liquidität nutzt die Sparkasse ein EDV-Tool, mit dem verschiedene Szenarien simuliert werden, deren Ergebnisse in ein Frühwarnsystem („Ampelsystem“) einfließen. Auch unter Verwendung von Worstcase-Szenarien ist die Liquidität jederzeit gegeben. Im Rahmen der überarbeiteten MaRisk wurden Frühwarnindikatoren für Liquiditätsrisiken eingeführt. Die monatliche Überprüfung dieser ergab kein Anzeichen zum Vorliegen eines Liquiditätsengpasses.

Die Liquidität war im vergangenen Jahr – wie auch im Vorjahr – jederzeit gegeben. Es gibt keine Hinweise, dass im laufenden Jahr die Liquidität nicht zu jeder Zeit gegeben sein wird.

Formell wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft durch Erfüllung des Liquiditätsgrundsatzes in der Form dokumentiert, dass die Liquiditätskennziffer der Sparkasse deutlich über dem aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0 liegt. Ferner werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten.

4.4 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als das Risiko von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse.

Die Risikoerkennung erfolgt durch die Analyse von Fehlern in Arbeitsergebnissen sowie von Systemfehlern und -ausfällen der Datenverarbeitungs- und -informationstechnik. Unterstützend wirkt das in der Sparkasse implementierte Beschwerdemanagement. Die aus der Ergebnisanalyse gewonnenen Erkenntnisse werden zur zukünftigen Risikovermeidung bzw. -minderung genutzt.

Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Begrenzung der Risiken umfassen insbesondere das interne Kontrollsystem, die Mitarbeiterqualifizierung, die Standardisierung von Prozessen in Form von Arbeitsanweisungen sowie die Verwendung rechtlich geprüfter Standardvordrucke im Kundengeschäft.

Auf dem Gebiet der Informationstechnologie und sonstiger Bereiche, beispielsweise in juristischen Belangen, wird von der Möglichkeit, externes Know-how hinzuzuziehen, Gebrauch

gemacht. Darüber hinaus werden bei Einführung neuer Produkte oder Geschäfte in neuen Märkten Testphasen gemäß MaRisk durchgeführt.

Besonderes Augenmerk legt die Sparkasse auf Schutzmaßnahmen im Bereich der Datenverarbeitungs- und Informationstechnologie, für die eine spezielle Informationstechnologie-Strategie (IT-Strategie) besteht. Ziel der Maßnahmen ist die Vermeidung von Ausfällen von Software-, Hardware- und Netzwerkkomponenten, die Datensicherung, der Schutz vor unberechtigten Zugriffen sowie der Schutz vertraulicher Informationen.

Den speziellen Risiken der Datenverarbeitungs- und Informationstechnologie hat die Sparkasse durch Verabschiedung einer IT-Sicherheitsrichtlinie sowie mit der Bestellung eines IT-Sicherheitsbeauftragten Rechnung getragen.

Darüber hinaus hat die Sparkasse Prozesse zur Nutzung der Instrumente „Schadensfalldatenbank“ und „Risikolandkarte“ implementiert, um die Erfassung von Schäden und künftige Quantifizierung von Schadenspotenzial für Zwecke der Risikotragfähigkeitsberechnung zu institutionalisieren. Solange noch keine belastbare Datenhistorie vorliegt, quantifiziert die Sparkasse die operationellen Risiken mit einem Pauschalsatz in Relation zum Verwaltungsaufwand.

Die Limitauslastung lag im zurückliegenden Jahr – wie auch im Vorjahr – jederzeit innerhalb des Limits und unterhalb der Warnschwelle. Es gibt keine Anhaltspunkte, dass im laufenden Jahr eine Zunahme von Risiken zu erwarten ist.

4.5 Sonstige Risiken

Sonstige Risiken, wie z. B. Reputationsrisiken oder Geschäftsfeldrisiken (Absatzrisiken) sind grundsätzlich relevant, aber nicht quantifizierbar. Eine weitergehende Berücksichtigung im Risikotragfähigkeitskonzept erfolgt daher nicht.

Im zurückliegenden Jahr sind keine Ereignisse eingetreten, die unter „sonstige Risiken“ hätten subsumiert werden können. Auch für das laufende Jahr sind keine Umstände bekannt, die zu einer Belastungssituation in dem vorgenannten Sinne führen könnten.

5. Art und Umfang der Risikoberichte und/oder des Managementinformationssysteme

Vorstand und Verwaltungsrat bzw. der von ihm gebildete Risikoausschuss werden über die Risikosituation vierteljährlich schriftlich in Form des Gesamtrisikoberichts unterrichtet. Der Gesamtrisikobericht umfasst Aussagen über die Entwicklung der wesentlichen Risiken, die Risikotragfähigkeit der Sparkasse bzw. die Limitauslastungen und das Risikoprofil der Sparkasse. Ergänzend zum beschreibenden Teil enthält der Gesamtrisikobericht Handlungsempfehlungen zur Risikosteuerung.

Neben dem vierteljährlichen Gesamtrisikobericht werden die Limitauslastungen zu den wesentlichen Risiken im monatlichen Vorstands-Report mitgeteilt. Handelsgeschäfte werden ergänzend zu den aus dem Risikotragfähigkeitskonzept abgeleiteten Limit über eine dazu korrespondierende VOG mit Sublimiten im Sinne eines

Frühwarnsystems täglich überwacht und reportet.

Überschreitet die Limitauslastung einen bestimmten Schwellenwert oder das Limit selbst, sind durch den Vorstand Entscheidungen über die weitere Vorgehensweise zu treffen und zu dokumentieren. Bei Handelsgeschäften wird hinsichtlich der ergänzenden VOG bzw. Sublimate analog verfahren.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Risikoberichten sind Regeln in der Sparkasse verankert, die differenziert nach Risiken und Ereignissen Ad-hoc-Berichterstattungen an die Revision, den Vorstand oder den Verwaltungsrat vorsehen. Des Weiteren berichtet die Interne Revision über die Ergebnisse ihrer Prüfungen des Risikomanagementsystems.

6. Zusammenfassende Darstellung

Risiken der Sparkasse werden im Rahmen eines umfassenden Risikomanagementsystems erfasst und gesteuert. Das integrierte Risikotragfähigkeitskonzept stellt alle quantifizierbaren wesentlichen Risiken, für die von einem Gesamtbanklimit Einzellimite abgeleitet werden, dem Risikodeckungskapital der Sparkasse gegenüber. Im Jahr 2010 kam es zu keinerlei Überschreitung von Warnschwelle und Limit. Demzufolge war im Jahre 2010 die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gegeben. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus den Extrem-Szenarien hat sich die Risikotragfähigkeit als belastbar gezeigt.

Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Erweiterung um Extrem-Szenarien ist die Ri-

sikotragfähigkeit für das laufende Jahr festgestellt worden, und die Risikotragfähigkeit wird auch, soweit prognostizierbar, im Folgejahr gegeben sein. Auswirkungen aus den am 15. Dezember 2010 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten MaRisk sind in dem Konzept noch nicht berücksichtigt.

Von der unter Punkt 2.3 „Vermögenslage“ beschriebenen Auswirkung von Basel III auf die Sparkassenkapitalbriefe mit Nachrangabrede wird künftig die potenzielle Risikotragfähigkeit insofern beeinflusst, als für Säule II (von Basel II) zur Verfügung stehendes Risikodeckungspotenzial tendenziell für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach Säule I (von Basel II) benötigt wird. Durch den Aufbau eines Kernkapitalpuffers wird dieser Effekt verstärkt. Dieser Wirkungszusammenhang ist im Gewinnbedarf der Sparkasse in den nächsten Jahren berücksichtigt.

D. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Daher können die tatsächlich in der Zukunft eintretenden Ergebnisse von den im Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Diesen Unwägbarkeiten begegnet die Sparkasse, indem Ist-Entwicklungen – sofern wesentlich für den Geschäftsgang der Sparkasse – fortlaufend Eingang in den Risikomanagement- und Prognoseprozess finden.

1. Wirtschaftliche Situation

Nach Einschätzung der Konjunkturforscher wird sich der Aufschwung des letzten Jahres im Jahre 2011 in einer langsameren Gangart fortsetzen. So liegen die Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute für das Wirtschaftswachstum zwischen 2,2% und 2,5%.

Tragende Säule des Wachstums wird maßgeblich die Binnennachfrage sein. Die Entwicklung der privaten Konsumausgaben wird – gestützt von einer verbesserten Arbeitsmarktlage und einem stärkeren Anstieg der verfügbaren Einkommen – bei einem realen Plus von 1,1% bis 1,7% gesehen. Auch die Investitionstätigkeit wird aufgrund von Nachholeffekten bei Ersatzinvestitionen und allmählich anziehenden Erweiterungsinvestitionen die Binnennachfrage beleben. Alles in allem wird für das laufende Jahr eine reale Zunahme der Investitionen um 3,7% bis 5,2% erwartet.

Die Bedeutung des Außenhandels für das Wachstum nimmt gegenüber der frühen Phase des Aufschwungs ab. Es ist zwar noch mit weiter expandierenden realen Ausfuhren von +6,4% zu rechnen, die aber dennoch deutlich weniger dynamisch ausfallen als im vergangenen Jahr (+14,2%). Da gleichzeitig die Einfuhren stärker zunehmen als die Ausfuhren, sind vom Außenhandel keine Wachstumsimpulse zu erwarten.

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Situation voraussichtlich weiter verbessern. Die Arbeitslosenquote wird nach 7,7% im Vorjahr bei Werten zwischen 7,0% und 7,2% erwartet. Für das Jahr 2012 wird ein weiterer Rückgang auf Werte von 6,6% bis 7,1% prognostiziert. Erfreulich ist die bereits im Vorjahr gestiegene sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung, für die im laufenden Jahr nochmals eine Zunahme um 340.000 Arbeitsplätze erwartet wird.

Die Verbraucherpreise haben schon im Jahresverlauf 2010 einen beschleunigten Auftrieb erfahren, für den vor allem steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise, aber auch zunehmende Einfuhrpreise ursächlich waren. Die deutschen Forschungsinstitute erwarten, dass der erhöhte Preisauftrieb im laufenden Jahr anhalten wird, allerdings mit Werten von 1,5% bis 1,7% für das Jahr 2011 und von 1,6% bis 2,0% für das Jahr 2012. Damit liegen die Prognosen unter der Grenze von 2,0%, bis zu der die EZB die Preisstabilität als gewahrt ansieht.

Aufgrund der gestiegenen Inflationserwartung erwarten die Ökonomen im laufenden Jahr einen ersten Zinsschritt der EZB. Insofern werden am Geld- und Kapitalmarkt bis zum Jahresende anziehende Zinssätze erwartet, die sich jedoch nach wie vor immer noch auf einem – absolut betrachtet – sehr niedrigen Niveau bewegen werden.

2. Entwicklung der Kreditwirtschaft

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Risiko- und Ertragslage der Institute verblasst zunehmend vor dem Hintergrund des allgemeinen konjunkturellen Aufschwungs. Spätfolgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird den Instituten jedoch in Form von aufsichtsrechtlich verschärften Anforderungen begegnen, mit denen die Aufsicht künftige Krisen möglichst zu verhindern versucht. Die Eigenkapitalausstattung, die Kriterien für Eigenkapitalbestandteile sowie

das Verhältnis von Risiken zum Eigenkapital nimmt dabei einen zentralen Aspekt ein.

Nach einer Schätzung im Stabilitätsbericht ist wegen der neuen Aufsichtsregeln Basel III bis Ende des Jahres 2018 mit einem Kapitalbedarf von ca. 50 Mrd. € zu rechnen. Auch wenn diese Zahl nur als Richtgröße zu verstehen ist, gibt sie einen Hinweis auf die vor den Instituten liegenden Herausforderungen. Zum Vergleich: Der historische Vergleichswert aus der Umsetzung von Basel II betrug seinerzeit etwa 10% der genannten Summe. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wird der größte Teil dieses Betrages durch Gewinnthesaurierungen abdecken sein – beginnend schon im Jahre 2011.

Im Hinblick auf diese sich immer mehr konkretisierenden neuen regulatorischen Anforderungen wird sich der Gewinnbedarf der Institute auf einem hohen Niveau bewegen. Gleichzeitig ist für das Jahr 2011 nicht auszuschließen, dass über eine Verflachung der Zinsstrukturkurve die Erträge unter Druck geraten. Darüber hinaus werden von den neuen regulatorischen Anforderungen weitere Effekte ausgehen, die sich auf die Ertragslage auswirken können. So ist zu erwarten, dass die neuen Liquiditätskennzahlen aus Basel III die Refinanzierungsstruktur der Institute verändern, insbesondere wird der Wettbewerb um langfristige Kundeneinlagen steigen und die Möglichkeit zur Fristentransformation regulatorisch einschränken. Sich verengende Margen und geringere Strukturbeiträge können die Folge sein. Flankiert wird diese Entwicklung zudem durch die sich abzeichnende Ausweitung des „Baseler Zinsschocks“ von +130/-190 Basispunkten (BP) auf den international üblichen Wert von +/-200 BP. Direkte Belastungen aus der Banken-

abgabe und dem diskutierten EU-Einlagensicherungsfonds kommen noch hinzu.

Dass Institute wegen stärkeren Wettbewerbs und damit tendenziell schwindenden Margen sowie der zu erwartenden Bedeutungsschmälerung der Fristentransformation ihren Gewinnbedarf nicht im notwendigen Maße decken können, ist nicht auszuschließen. Da viele dieser Institute aufgrund faktischer oder formeller Gründe keinen Zugang zu externen Kapitalquellen haben, könnte ein Konzentrationsprozess in der Kreditwirtschaft in Gang gesetzt werden.

Im Hinblick darauf, dass es in Deutschland gerade die Vielzahl mittelständisch geprägter und realwirtschaftlich orientierter Institute war, die zur Stabilität des Finanzsektors in der Krise beigetragen haben, wäre ein solcher Konzentrationsprozess indes kontraproduktiv.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden im Jahre 2011 Entscheidungen über die künftige Struktur der Landesbanken getroffen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Entscheidungen direkt oder indirekt über faktische Wirkungszusammenhänge oder eingeforderte Verantwortung der Eigentümer für ihre Landesbanken nachhaltig Einfluss auf die Verfassung der Sparkassenorganisation nehmen werden.

Mit diesen Maßnahmen werden auch die Erwartungen der Marktteilnehmer an die Rentabilität der Institute beeinflusst. Denn höhere Kapitalquoten und Kapitalpuffer bedeuten höhere Haftbeiträge der Eigentümer sowie niedrigere Hebel und damit Risikobegrenzung. Sie bedeuten aber umgekehrt auch zunächst niedrigere relative Gewinne bzw. Eigenkapitalrenditen. Den Markt-

teilnehmern ist zu kommunizieren, dass dieses Vorgehen der „Preis“ für ein stabileres und nachhaltigeres Finanzsystem ist und damit langfristig einen Gewinn für alle darstellt.

3. Entwicklung der Stadtsparkasse Bad Honnef

Die Sparkasse hält im Jahre 2011 insgesamt nur ein verhaltenes Wachstum für realisierbar. Wachstumsimpulse werden vom Einlagengeschäft kommen, jedoch werden die Zuwächse voraussichtlich hinter den Vorjahreswerten zurückbleiben, da mit steigendem Wettbewerb um Kundeneinlagen gerechnet wird. Das Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen sowie mit Privatkunden lässt mit Blick auf lokale Prosperitätsdefizite voraussichtlich nur ein Halten bzw. allenfalls verhaltene Zunahme des Kreditbestandes zu; im Trägergebiet sind Impulse für ein signifikantes Kreditwachstum derzeit nicht zu erwarten.

Das Ergebnis wird auf der Ertragseite weiterhin von der Zinsspanne dominiert. Vor dem Hintergrund gegebener Strukturen und der erwarteten Zinsentwicklung, die nach Einschätzung der Sparkasse im Jahresverlauf moderat steigende Sätze zeigen wird, rechnet die Sparkasse mit einer Zinsspanne auf Vorjahresniveau. Die Zinsspanne wird weiterhin unter Druck bleiben, da im Vorgriff auf die Einführung der neuen Liquiditätskennziffern die Wettbewerbsintensität um Kundeneinlagen steigen und Ertragsmargen infolgedessen sinken könnten. Die Sparkasse legt daher weiterhin ein Hauptaugenmerk auf die Stärkung des Provisionsgeschäftes.

Potenzial zum weiteren Ausbau des Provisionsgeschäfts sieht die Sparkasse nach wie vor insbesondere in bereits bestehenden Geschäftsverbindungen; die Neukundengewinnung wird darüber nicht vernachlässigt. Auf Basis transparenter Marktpotenziale nimmt die Sparkasse realistische Zielplanungen vor. Die Umsetzung der Ziele erfolgt im Rahmen des -Finanzkonzeptes, das auf einer ganzheitlichen und lebensphasengerechten Beratung basiert. Die Sparkasse verbindet mit dem -Finanzkonzept eine Steigerung der Produktnutzungsquoten, die Abschottung der Kundenverbindungen vor Wettbewerbern und die Voraussetzung für Qualitätswettbewerb sowie die Erhöhung der Kundenzufriedenheit.

Die Verwaltungskosten werden im Jahre 2011 sowohl insgesamt als auch in den Komponenten Personal- und Sachkosten weitgehend stabil bleiben. Im Bereich der Personalkosten werden Tarifsteigerungen durch Personalabgänge kompensiert. Weiteres Einsparungspotenzial wird in Folgejahren gehoben, wenn Altersteilzeitverträge in die passive Phase wechseln. Gegen diese Entlastung sind künftige Tarifsteigerungen und Kosten für etwaige Personalverstärkungen zur Bewältigung regulatorischer Anforderungen zu rechnen. Bei den Sachkosten werden nach den Erfolgen in den Vorjahren Reduktionen geringer ausfallen. Einerseits, weil der Grenznutzen der Sparanstrengungen abnimmt, andererseits, weil mit Personalveränderungen im Zusammenhang stehende Auslagerungslösungen tendenziell in Personalkosten substituierende Sachkosten ihren Niederschlag finden.

Als Resultat aus der Entwicklung der verschiedenen Einflussgrößen plant die Sparkasse mit

einem Betriebsergebnis, das leicht oberhalb des Vorjahresniveaus liegt. Bei dem Niveau des erwarteten Betriebsergebnisses wird die auf das Jahr 2011 entfallende Deckung des Gewinnbedarfs zur planmäßigen Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen aus Basel III in besonderer Weise vom Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft abhängen.

Für das Bewertungsergebnis Kredit geht die Sparkasse von einem Erwartungswert aus, der formell aus den Vorjahreswerten abgeleitet wird. Faktisch erwartet die Sparkasse aufgrund der allgemeinen konjunkturellen Erholung und der aus der Analyse aktuellerer Kreditnehmerunterlagen gewonnenen Eindrücke, dass – wie im Vorjahr – die tatsächlichen Belastungen unter dem Erwartungswert liegen. Das Bewertungsergebnis Wertpapiere wird für das Jahresergebnis voraussichtlich nur von marginaler Bedeutung sein.

Nach heutiger Einschätzung – auch unter Berücksichtigung der Vorsorge für die Risiken einer Inanspruchnahme aus den Verlustausgleichs-

verpflichtungen des RSGV im Zusammenhang mit der Abwicklungsanstalt zur Stabilisierung der WestLB AG – ist somit ein Jahresergebnis zu prognostizieren, das über dem des Vorjahres liegen wird.

Soweit aus heutiger Sicht absehbar, geht die Sparkasse für das Jahr 2012 von einer Geschäftsentwicklung aus, die mit der des Jahres 2011 vergleichbar ist. Auf Basis des erwarteten Betriebs- und günstigeren Bewertungsergebnisses und des vorhandenen Risikodeckungskapitals sieht sich die Sparkasse in der Lage, die ihrem Geschäft immanenten Risiken zu tragen, Wachstumschancen zu nutzen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung zu erfüllen.

Bad Honnef, 6. Mai 2011

Buhr

Alfs

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Vom Vorstand der Stadtsparkasse Bad Honnef wurde er in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse unterrichtet. Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt und den Jahresabschluss 2010 festgestellt.

Der Vertretung des Trägers empfiehlt der Verwaltungsrat, den Bilanzgewinn in Höhe von 396.995,33 in die Sicherheitsrücklage einzustellen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Jahr.

Bad Honnef, 8. Juni 2011

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates



Dr. Kunze

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der Stadtsparkasse Bad Honnef

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Köln

Der in diesem Jahresbericht veröffentlichte Jahresabschluss enthält die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung.

Der vollständige, der gesetzlichen Form entsprechende und mit dem Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes versehene Jahresabschluss wird im „Elektronischen Bundesanzeiger“ veröffentlicht.

	Euro	Euro	Euro	31.12.2009 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		2.988.305,84		5.232
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>7.629.811,43</u>		<u>6.653</u>
			10.618.117,27	11.885
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		47.774,57		19.849
b) andere Forderungen		<u>49.208.374,71</u>		<u>31.067</u>
			49.256.149,28	50.916
4. Forderungen an Kunden			<u>293.073.944,37</u>	<u>293.901</u>
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	181.364.667,30 Euro			(180.640)
Kommunalkredite	<u>11.880.593,47 Euro</u>			<u>(8.488)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
		-,-		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	-,-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
bb) von anderen Emittenten	18.615.447,25			36.117
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>18.411.277,25 Euro</u>	18.615.447,25		<u>36.117</u>
c) eigene Schuldverschreibungen		82.047,54		19
Nennbetrag	78.000,00 Euro			(19)
			18.697.494,79	36.137
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			106.640.775,68	93.160
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			7.798.206,93	8.076
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			4.634,58	831
darunter:				
Treuhandkredite	4.634,58 Euro			(831)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-,-			-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-,-			-
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-,-			-
d) geleistete Anzahlungen	-,-			-
			-,-	-
12. Sachanlagen			5.877.914,00	4.526
13. Sonstige Vermögensgegenstände			553.248,48	1.510
14. Rechnungsabgrenzungsposten			269.032,81	228
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			492.789.518,19	501.169

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2009 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		3.600.644,49		2.113
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>77.071.282,80</u>		<u>89.386</u>
			80.671.927,29	<u>91.499</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	108.969.168,43			95.271
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>40.684.761,75</u>			<u>45.395</u>
		149.653.930,18		<u>140.666</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	184.708.870,86			167.192
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>35.567.587,44</u>			<u>60.132</u>
		<u>220.276.458,30</u>		<u>227.324</u>
			369.930.388,48	<u>367.990</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		3.550.142,68		4.537
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			3.550.142,68	<u>4.537</u>
3a. Handelsbestand			<u>-,-</u>	<u>-</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			4.634,58	831
darunter:				
Treuhandkredite	4.634,58 Euro			(831)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			946.947,37	857
6. Rechnungsabgrenzungsposten			328.992,93	323
6a. Passive latente Steuern			<u>-,-</u>	<u>-</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.960.331,00		3.026
b) Steuerrückstellungen		<u>189.000,00</u>		<u>-</u>
c) andere Rückstellungen		<u>2.147.737,73</u>		<u>3.076</u>
			6.297.068,73	<u>6.103</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			9.784.058,46	9.756
10. Genussrechtskapital			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			490.000,00	253
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	20.388.362,34			18.649
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		20.388.362,34		18.649
d) Bilanzgewinn		<u>396.995,33</u>		<u>371</u>
			20.785.357,67	<u>19.020</u>
Summe der Passiva			492.789.518,19	501.169
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>6.584.663,53</u>		<u>6.010</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			6.584.663,53	6.010
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>9.982.086,99</u>		<u>7.957</u>
			9.982.086,99	<u>7.957</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Euro	Euro	Euro	1.1. – 31.12.2009 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	17.469.850,42			18.585
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	654.062,51			919
		18.123.912,93		19.504
2. Zinsaufwendungen		12.183.823,89		13.198
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	292.807,55 Euro			(-)
		5.940.089,04		6.306
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.448.314,25		3.715
b) Beteiligungen		97.617,92		87
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-
		3.545.932,17		3.802
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		-,-		-
5. Provisionserträge		3.354.970,10		3.403
6. Provisionsaufwendungen		431.366,40		369
		2.923.603,70		3.034
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		-,-		32
8. Sonstige betriebliche Erträge		156.244,63		202
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-		-
		12.565.869,54		13.376
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.116.478,13			5.165
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.101.886,17			1.442
darunter: für Alters- versorgung	1.222.912,86 Euro	7.218.364,30		6.607
b) andere Verwaltungsaufwendungen		2.892.311,85		(541)
		10.110.676,15		2.833
				9.440
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		411.829,43		373
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		150.156,31		167
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		358.100,25		2.853
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
		358.100,25		2.853
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		395.398,24		21
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
		395.398,24		21
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-		-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		237.000,00		253
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		902.709,16		270
20. Außerordentliche Erträge		-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen		37.162,47		-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanz- rechtsmodernisierungsgesetzes	37.162,47 Euro			(-)
22. Außerordentliches Ergebnis		37.162,47		-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		477.399,06		4
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-8.847,70		(105)
		468.551,36		101
25. Jahresüberschuss		396.995,33		371
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		-,-		-
		396.995,33		371
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
		-,-		-
		396.995,33		371
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
		-,-		-
29. Bilanzgewinn		396.995,33		371

Stadtsparkasse Bad Honnef
Hauptstraße 34

53604 Bad Honnef

www.sparkasse-honnef.de